

# VLBS Wahlprüfsteine Landtagswahl 2016

## Antworten DIE LINKE Rheinland-Pfalz

### 1. Finanzen

Was plant Ihre Partei, um die Beamtenbesoldung vor dem Hintergrund ständig steigender Anforderungen zeitgemäßer und attraktiver zu gestalten? Die Einführung des TV-L hat hinsichtlich der Eingruppierung und Einstufung zu erheblichen Verwerfungen zum Nachteil der Beschäftigten geführt, die sich an BBS besonders gravierend auswirken. Welche Vorstellung haben Sie vor dem Hintergrund der Einführung einer Entgeltordnung der Lehrkräfte, um die Ungerechtigkeit des TV-L gegenüber der Beamtenbesoldung auszugleichen?

**Lohnzuwächse gehören zur Arbeitswelt dazu! DIE LINKE steht hier immer an der Seite der Beschäftigten. Wir glauben, dass hier über Jahre hinweg schlicht am falschen Ende gespart wurde. Zur Finanzierung sehen wir bei den Staatsausgaben einige Einsparpotenziale, die derzeit ungenutzt sind. Und wir stehen wie keine andere Partei für die Erhöhung der Steuereinnahmen (bspw. Millionärsteuer), um wieder Handlungsspielräume zu gewinnen. Ein gegenseitiges Ausspielen von Beamten und Beschäftigten lehnen wir ab und fordern gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Sowohl die tarifliche Eingruppierung als auch die Beamtenbesoldung sind an die gestiegenen Anforderungen an die Lehrkräfte und deren hohe Verantwortung anzupassen.**

### 2. Berufsbeamtenturn

Wie steht Ihre Partei zum Berufsbeamtenturn für Lehrkräfte?

**Das Beamtentum als solches wollen wir selbstverständlich beibehalten, jedoch glauben wir, dass es in einer modernen und solidarischen Gesellschaft auch Veränderung geben muss. Die Beschäftigung bei Bund, Ländern und Kommunen sollte anhand einer fairen Entlohnung, Arbeitsplatzsicherheit, guter Arbeitsplatzausstattung und Vereinbarkeit von Beruf und Familie neue Standards setzen und hiermit Vorbild für Unternehmen werden. Leider ist es in der Praxis jedoch so, dass gerade Lehrerinnen und Lehrer ohne Beamtenstatus - und dies ist bei Neueinstellungen seit Jahren die Regel - nicht angemessen entlohnt und teilweise prekär beschäftigt werden. Dass Rheinland-Pfalz pünktlich zu Beginn der Sommerferien befristete Arbeitsverhältnisse von Lehrerinnen und Lehrern kündigt - im letzten Jahr betraf diese mehr als 1000 Junglehrerinnen und Junglehrer - ist ein politischer Skandal. Hier werden „Möglichkeiten“ des Angestelltenverhältnisses missbraucht, die bei Beamtenanwärtern nicht so ohne weiteres möglich sind. Die andere Seite der Medaille ist jedoch auch, dass wir einer Privilegierung bei Pension und Krankenversicherung skeptisch gegenüberstehen.**

### 3. Weiterbildung und Aufstieg

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um die Aufstiegsmöglichkeiten der Lehrkräfte des gehobenen Dienstes- der Fachlehrerinnen und Fachlehrer sowie der Lehrerinnen und Lehrer für Fachpraxis- in Zukunft mitarbeiterfreundlicher zu gestalten? Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um an berufsbildenden Schulen die - auch aufgrund des bei weitem größten Lehrkräftemangels/Unterrichtsausfalls in dieser Schulart- weiter gesunkene Zahl der Beförderungen nach A14 wieder zu erhöhen?

**Das duale Bildungssystem ist gefährdet. DIE LINKE setzt sich dafür ein, die berufsbildenden Schulen zu stärken. Dafür müssen insbesondere mehr Lehrpersonal und pädagogische Fachkräfte eingestellt werden, um den gravierenden Unterrichtsausfall zu begrenzen und die Überlastung der Lehrerinnen und Lehrer abzubauen. Wir fordern eine konsequente Begrenzung von Unterrichtsausfallzeiten in allen Schularten und -formen. Um den Lehrermangel zu bekämpfen, verlangen wir die Rücknahme der Streichung von 2.000 Lehrerplanstellen und mindestens 1.500 zusätzliche Stellen für Lehrerinnen und Lehrer sowie pädagogische Fachkräfte. Die ungenügende Vertretungsreserve für temporär ausfallende Lehrkräfte muss endlich ausgebaut und die Fort- und Weiterbildung für alle Lehrkräfte bedarfsgerecht gesichert werden. Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen dürfen bei der Beförderung nicht benachteiligt werden und entsprechende Planstellen für Höhergruppierungen müssen nach transparenten und mit anderen Schularten vergleichbaren Kriterien geschaffen werden.**

#### **4. Altersteilzeit**

Planen Sie erneut ein Altersteilzeit-Modell für Lehrkräfte, wenn das derzeitige Modell 2016 ausläuft; zumal dieses in Teilen durch den Wegfall der Altersermäßigung finanziert wurde?

**Die Abschaffung der bewährten Altersteilzeit für Lehrkräfte war ein schwerer politischer Fehler, der einseitig zu Lasten der betroffenen Lehrerinnen und Lehrer begangen wurde, keine nennenswerten Einsparungen erzielen und keine Verbesserungen im Schulalltag mit sich bringen wird. Im Gegenteil: Die berufliche Belastung wurde immer höher geschraubt und Stresserkrankungen werden durch die absehbare Mehrbelastung gerade von älteren Lehrkräften nochmals deutlich zunehmen. Wir werden uns politisch für eine Wiedereinführung der Altersteilzeit und gegen die skandalöse Streichung der Altersermäßigung einsetzen.**

#### **5. Lehrkräftearbeitszeit**

Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, damit die dramatisch weiter zunehmende außerunterrichtliche Arbeitszeit angemessen in der Gesamtarbeitszeit der Lehrkräfte berücksichtigt wird?

**Das Pflichtstundenmodell ist als Grundlage für die Berechnung von außerunterrichtlichen Arbeitszeiten ungeeignet und durch die ständige Zunahme von Aufgaben außerhalb der Unterrichtsstunden auch unhaltbar. Grundlage von Arbeitszeitmodellen darf nicht länger die Verteilung vorhandener und meistens unzureichenden Ressourcen sein, sondern muss sich an den tatsächlich notwendigen und geleisteten außerunterrichtlichen Arbeitszeiten orientieren. Eine Senkung der Unterrichtsverpflichtung bei gleichzeitiger Erhöhung der Anrechnungsstunden könnte zur Lösung des Problems beitragen - selbstverständlich bei vollem Lohnausgleich. In der Konsequenz bedeutet dies die Schaffung von mehr Planstellen an den Schulen und Neueinstellungen von Lehrerinnen und Lehrern, um das steigende Arbeitspensum besser zu verteilen. Darüber hinaus sind überbordende Qualitätsevaluierungen, Schülerbewertungen und sonstiger bürokratischer Aufwand zu begrenzen und Lehrkräfte von verwaltungstechnischen Aufgaben zu befreien.**

## 6. Unterrichtsausfall/Nachwuchsgewinnung

Welche Konzepte hat Ihre Partei, um den überproportional hohen Unterrichtsausfall an den berufsbildenden Schulen wirksam auf das Niveau der allgemeinbildenden Schulen abzusenken?

*Siehe auch Antwort Frage 3. Beim Dresdner Bildungsgipfel im Jahr 2008 wurde von Bundeskanzlerin Merkel eine Steigerung der Bildungsausgaben auf 10 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) bis 2015 in allen öffentlichen Haushalten angekündigt. Bei diesen Versprechungen ist es geblieben. Gute Bildung und eine ausreichende Zahl von gut ausgebildeten und motivierten Lehrerinnen und Lehrer kostet Geld. Deutschland liegt bei den Bildungsausgaben nach OECD-Angaben jedoch 0,9 Prozentpunkte unter dem OECD-Durchschnitt von 5,3 Prozent des BIP. Das reiche Deutschland liegt im internationalen Vergleich der Bildungsausgaben auf Platz 74. Vor Deutschland rangieren beispielsweise Kuba auf Platz 2, Dänemark auf Platz 8 und Finnland auf Platz 27. Nur wenn sich an dieser grundsätzlichen Misere und mangelhaften Finanzierung des Bildungssystems Entscheidendes verändert, lässt sich Unterrichtsausfall begrenzen. Nachwuchsförderung könnte besser gelingen, wenn Berufseinsteiger nach dem ersten Staatsexamen nicht jahrelang auf Referendariatsplätze warten müssten, frustriert aufgeben oder das Bundesland wechseln. Referendare werden in den Unterrichtsplänen genauso wie Lehrerinnen und Lehrer mit Planstellen behandelt. Dies bedeutet, dass fehlende Planstellen auch dazu führen, dass weniger Referendariatsplätze vergeben werden und lange Wartezeiten entstehen. Diese Praxis muss abgeschafft und Referendare mindestens teilweise als zusätzliche Kräfte zur Verfügung gestellt werden. Besonders betroffen sind Gymnasien und Berufsbildende Schulen, dort fehlen die meisten Lehrkräfte im Vergleich und wird am wenigsten Förderunterricht angeboten.*

## 7. Höhere Berufsfachschule

Wie steht Ihre Partei zur Stabilisierung und Weiterentwicklung der HBF - auch im Blick auf die Fachoberschulen?

*Wir halten die höheren Berufsfachschulen für einen unverzichtbaren Bestandteil des dualen Bildungssystems. Sie müssen erhalten und ausgebaut werden, gerade in Hinblick auf die berufspraktische Ausbildung und Vermittlung von berufspraktischen Kenntnissen. Fachoberschulen können diesen Zweck nur bedingt erfüllen, stehen aber in direkter Konkurrenz zu höheren Berufsfachschulen. Mit der jüngsten Änderung der Landesverordnung wurden Mindestnoten für die Aufnahme an höheren Berufsfachschulen eingeführt und das Fachrichtungsangebot von 20 auf 13 reduziert, um nur zwei wesentliche Verschlechterungen zu nennen. Es entstehen dadurch neue Bildungsbarrieren, die zudem keiner nachvollziehbaren Logik folgen. Damit wurden die höheren Berufsfachschulen trotz dem gleichlautenden Bildungsabschluss Fachhochschulreife weiter gegenüber den Fachoberschulen benachteiligt. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer sowie Eltern keinen weiteren Bildungsexperimenten mit ungewissem Ausgang ausgesetzt werden und das rheinlandpfälzische Schulchaos aufgelöst wird.*

## 8. Fachklassenbildung

Auf welche Weise wird Ihre Partei dazu beitragen, dass Fachklassen und damit Ausbildungsplätze, insbesondere auch in ländlichen Regionen, erhalten bleiben?

**Die Anweisung des rheinlandpfälzischen Bildungsministeriums, dass sich das Angebot von Fachklassen ausschließlich an den personellen, sachlichen und räumlichen Gegebenheiten vor Ort orientieren soll, ist nicht nachvollziehbar. Der eigentliche Auftrag der Berufsbildenden Schulen und insbesondere das Angebot von höheren Berufsfachschulen durch ein breites Angebot von Fachklassen den Erwerb von Berufsabschlüssen zu ermöglichen, bleiben dabei auf der Strecke. Dies ist Pädagogik und Berufsausbildung unter Klassenzimmervorbehalt. Laut Landesverordnung dürfen Schwerpunkte nur eingerichtet werden, wenn die Zahl der Schülerinnen und Schüler im ersten Schuljahr die Einrichtung von zwei Parallelklassen in jedem Schwerpunkt gemäß den Bestimmungen über die Klassenbildung an berufsbildenden Schulen erlaubt. Dadurch werden besonders kleine Berufsbildende Schulen im ländlichen Raum unattraktiv, weil nur eine sehr geringe Anzahl an verschiedenen Fachrichtungen und Schwerpunkten dort angeboten werden können - schon alleine auf Grund der geringen Schülerzahlen. Dies ist der leicht durchschaubare Versuch, das kaum noch flächendeckende System der Berufsbildenden Schulen weiter auszudünnen und muss rückgängig gemacht werden.**

## 9. Inklusion und Flüchtlingsthematik

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um die Situation an BBS bezüglich Inklusion und Flüchtlingsthematik - beginnend im Berufsvorbereitungsjahr und über das 18. Lebensjahr der Schülerinnen und Schüler hinaus- zu verbessern?

**Inklusion ist ein Kulturprozess. Die Schaffung einer Inklusionskultur ist nicht auf Bildung und Schule beschränkt, sondern umfasst alle gesellschaftlichen Bereiche. Schon mit der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und dem damit verbundenen Rechtsanspruch auf inklusive Bildung steht die gesamte Gesellschaft vor einer Aufgabe, die nicht „nebenbei“ erledigt werden kann. In der Lehrerbildung müssen Inklusion und eine Pädagogik der Heterogenität schwerpunktmäßig verankert werden. Die Lehrerweiterbildung muss unter dem Gesichtspunkt inklusiver Beschulung deutlich ausgeweitet und verbessert werden und jeder Klasse mindestens eine sozialpädagogische Fachkraft für den Unterricht zur Verfügung gestellt werden. Dazu gehören auch ein Ausbau der Schulsozialarbeit und ein ausreichende Anzahl von schulpsychologischem Fachpersonal. Für das gemeinsame Lernen sind Qualitätsstandards zu entwickeln. Bis spätestens 2020 wollen wir eine verbindliche Umsetzung des Rechtsanspruchs auf inklusiven Unterricht in allen öffentlichen Schulen erreichen. Auch an berufsbildenden Schulen müssen flächendeckend Vorbereitungsklassen für Flüchtlinge eingerichtet werden, die insbesondere Sprachkenntnisse in Deutsch vermitteln. Dazu müssen ausreichend Lehrerinnen und Lehrer mit Deutsch als zweiter Fremdsprache ausgebildet, eingestellt und angemessen entlohnt werden. Die Integration von Flüchtlingen in den Regelunterricht kann auch an berufsbildenden Schulen nicht von ehrenamtlich Tätigen oder Ruheständlern bewerkstelligt werden.**

## 10. Sozialpädagogische Betreuung

Welche konkreten Maßnahmen - z.B. bei der Sach- und Personalausstattung- wird Ihre Partei in der Legislaturperiode 2016 - 2021 ergreifen, um die sozialpädagogische Betreuung an den berufsbildenden Schulen spürbar zu verbessern und angemessen auszuweiten?

*Siehe Frage 6. und 9.*

## 11. Gewinnung von Nachwuchskräften mit grundständigem Studium für berufsbildende Schulen

Was wird Ihre Partei unternehmen, damit sich die Quote der Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter mit berufsbezogenen Bedarfsfächern nachhaltig erhöht?

*Dazu müssen die Rahmenbedingungen an den berufsbildenden Schulen deutlich verbessert, das duale System der Berufsausbildung als ein entscheidender Faktor des gesamten Bildungssystems mehr gewürdigt und nicht zuletzt die vergleichsweise schlechte Entlohnung von Berufsschullehrerinnen und -lehrern deutlich erhöht werden. Die Berufsbildenden Schulen leiden neben chronischer Unterfinanzierung, Lehrermangel und verfallenden Schulgebäuden vor allem unter dem Imageverlust von praxisorientierten Berufen und einer zunehmenden Akademisierung der Berufswelt. Deshalb wird es auch immer schwerer, Nachwuchskräfte für den Unterricht an berufsbildenden Schulen zu gewinnen, da viele die berufsbildende Schule für ein Auslaufmodell halten. Dem ist nicht nur mit einer besseren Finanzausstattung, sondern auch mit einer Imageoffensive zu begegnen. Darüber hinaus ist es nicht nachvollziehbar, warum berufsorientierte Praktika an berufsbildenden Schulen für Lehramtsanwärterinnen und -anwärter erschwert wurden, weil nun ein Praktikum an Schwerpunktschulen gesetzlich vorgeschrieben wird. Kaum jemand wird in der Lage oder willens sein, neben den geregelten Praktika auf freiwilliger Basis weitere Einblicke in den Berufsschulunterricht zu nehmen.*

## 12. Entlastung für Funktionsträgerinnen und Funktionsträger an BBS

Die Aufgaben bei der Leitung einer berufsbildenden Schule sind besonders komplex und umfangreich. Die Funktionsträgerinnen und Funktionsträger an berufsbildenden Schulen sind objektiv gegenüber den Funktionsträgern an allgemeinbildenden Schulen in Bezug auf die Entlastung deutlich benachteiligt. Bisherige Nachhesserungen blieben weit hinter der tatsächlichen Belastung zurück.

Was gedenkt Ihre Partei zu tun, um den Umfang der Entlastung der Funktionsträgerinnen und Funktionsträger an BBS wirksam zu verbessern?

*Hier sind auch die Schulverwaltungsämter der örtlichen Schulträger in der Pflicht, für eine Entlastung der Schulleitungen von Bürokratie und Verwaltungsaufgaben zu sorgen. Es müssen mehr Schulsekretärinnen und -sekretäre eingestellt werden, Unterrichts- und Stundenpläne nach Synergiekriterien aufgestellt und die Herausforderungen der Inklusion, der Ausbildung von Flüchtlingen und Asylsuchenden und- für berufsbildende Schulen besonders entscheidend - der Anpassung des Unterrichts an die Entwicklungen in Handel und Industrie und deren Ansprüche an die Unterrichtsqualität entsprechend unterstützt werden. Diese bedeutet: Mehr Personal, mehr Sachausstattung und in Bezug auf die Schulleitungen eine deutliche Erhöhung der Schulleitungspauschalen bzw. Anrechnungsstunden, die im Vergleich zu anderen Schulformen seit Jahren unangemessen niedrig sind. Dies sind Themen, die auf die*

*politische Agenda des Landes gehören, öffentlich diskutiert werden müssen und nicht auf dem Rechts- und Verwaltungsweg versickern dürfen.*